

Niederschrift

Gremium	Sitzung - BSS/025(V)/11			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für Bildung, Schule und Sport	Dienstag, 20.09.2011	Altes Rathaus Hansesaal	16:30 Uhr	18:05 Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 30.08.11
- 4 Bericht zur Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes
BE: Bg des Dez. V
- 5 Beschlussvorlagen
- 5.1 Integriertes Stadtentwicklungskonzept 2025 der Landeshauptstadt
Magdeburg mit dem zugrunde liegenden Leitbild der
Stadtentwicklung
BE: Amt 61 DS0368/10
- 6 Informationen
- 6.1 Projekt "jungbewegt" in der Landeshauptstadt Magdeburg
BE: Dez. V/02 I0193/11

- 6.2 Arbeitsgruppen zur Entwicklung und Unterstützung der
Gemeinwesenarbeit in Magdeburg und Initiativfonds
Gemeinwesenarbeit 2010
BE: Dez. V/02
- 7 Verschiedenes

I0220/11

Anwesend:

Vorsitzende/r

Stadtrat Burkhard Lischka

Mitglieder des Gremiums

Stadträtin Ursula Biedermann

Stadtrat Bernd Heynemann

Stadtrat Jürgen Canehl

Stadtrat Torsten Hans, i.V. für SR'n Dr. Hein

Stadträtin Monika Zimmer, i.V. für SR

Grünwald

Sachkundige Einwohner/innen

Sachkundiger Einwohner Dr. Joachim Köhler

Geschäftsführung

Frau Sylvia Grützner

Abwesend:

Stadtrat Mario Grünwald

Stadträtin Dr. Rosemarie Hein

Sachkundiger Einwohner Hans-Joachim

Mewes

Stadtrat Gunter Schindehütte

Stadträtin Carola Schumann

Sachkundiger Einwohner Michael Stage

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Ausschussvorsitzende eröffnet die Sitzung; die Beschlussfähigkeit des Ausschusses ist mit 4 Stadträten hergestellt. Ab 16.40 Uhr sind 5 und ab 17.00 Uhr 6 stimmberechtigte Stadträte anwesend.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird unverändert **bestätigt**.

3. Genehmigung der Niederschrift vom 30.08.11

Die Niederschrift der Sitzung vom 30.08.11 wird mit dem Abstimmungsergebnis **2 : 0 : 2** bestätigt.

4. Bericht zur Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes

In der Ausschusssitzung am 30.08.11 wurde die Stellungnahme der Verwaltung zur Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes behandelt. Die Ausschussmitglieder stimmten dem Vorschlag des Ausschussvorsitzenden zu, den Beigeordneten des Dezernates V zur Folgesitzung einzuladen, um Erklärungen zu noch offenen Fragen hinsichtlich der Verfahrensweise der Beantragung und des Erhalts von Leistungen des Bildungs- und Teilhabepaketes zu geben.

Herr Brüning, Bg des Dez. V, erläutert, dass es sich um eine Rechtsänderung in verschiedenen Rechtskreisen handelt. Leistungsberechtigte sind Kinder und Jugendliche bis zum Alter von 25 Jahren. Durch die Verwaltung wurden hierzu von Anfang an alle Formulare in das Internet gestellt. Formulare sind auch im Jobcenter und den Bürgerbüros zu erhalten. Ebenso hat die Presse berichtet mit dem Ziel, alle betroffenen Bürger umfassend zu informieren. In MD gibt es ca. 15.000 anspruchsberechtigte Kinder und Jugendliche. Für MD trifft die Aussage nicht zu, dass sich nicht genügend Betroffene beteiligen würden. Der überwiegende Teil der Anträge bezieht sich auf die Essenteilnahme und Unterstützung bei Klassenfahrten und Schulausflügen.

Die Zahlen bei der Inanspruchnahme der Lernförderung, so Herr Brüning, sind nicht befriedigend. Bei der Lernförderung geht es um die Erreichung des Klassenziels. Eine Verbesserung der Schulnoten oder der Schulwechsel zum Gymnasium sind nicht Gegenstand des BuT. Das Amt 50 prüft, ob ein Kind die gerechtfertigte Finanzierung erhält (Gutschein), die Rechnungslegung erfolgt über befähigte Personen (Lehrer, Vereine).

Herr Brüning gibt Hinweise zum Stand der Schulsozialarbeit. Über das Amt 50 wurden Gespräche mit Trägern geführt, die Schulsozialarbeit vorhalten, z. B. Spielwagen e. V.; von der Verwaltung wird eine Drucksache „Schulsozialarbeit in Magdeburg“ vorbereitet, die Ziele und Umsetzung darstellt.

Frau Borris, AL'n 50, informiert über eine in der letzten Woche durchgeführten großen Beratung der Sozialämter. In den einzelnen Bundesländern gibt es unterschiedliche Auffassungen und Zuordnungen bei der Umsetzung des BuT. Seitens des Amtes 50 wird jetzt zur Abstimmung Kontakt mit dem FB 40, den Kitas und dem Schulamt aufgenommen.

Stadtrat Hans führt an, dass sich viele Betroffene von der Verwaltung allein gelassen und überfordert fühlen; die Formulare seien kompliziert.

Frau Borris erklärt, dass die Antragsformulare eher einfach sind und durch Ankreuzen der Leistungen die Berechtigten zu ihrer Unterstützung kommen. Über die in Anspruch genommenen Leistungen muss ein Nachweis erbracht werden, damit das Amt weiß, an welchen Träger die finanziellen Mittel zu überweisen sind, z. B. an den Sportverein oder die Musikschule.

Herr Brüning führt an, dass es unterschiedliches Verwaltungshandeln im Jobcenter z. B. bei Leistungsanspruch zum Schulanfang gab, im Amt 50 jedoch nicht.

Frau Borris ergänzt, dass im Sozialamt keine jährlichen neuen Anträge gestellt werden müssen. Das Jobcenter handelt anders, hier muss nach einem halben Jahr neu beantragt werden.

Bezogen auf die Anspruchsberechtigung zur Schülerbeförderung schlägt Stadtrat Lischka vor, Material z. B. im Internet zur Verfügung zu stellen. Stadtrat Hans findet einen zusätzlichen Hinweis im Internet zum Ausfüllen des Formulars hilfreich.

Zur Frage der Stadträtin Biedermann zur DS Schulsozialarbeit führt Herr Brüning an, dass bis zum Jahr 2013 geplant wurde; Ziel ist eine Weiterführung bis 2016. Auf der 2. Bildungskonferenz werden die Fragen wieder aufgegriffen und der FB 40 und Amt 50 in Kontakt treten. Wenn ein Gesetz vorliegt, dann wird auch die Umsetzung geregelt. Bisher hat die Verwaltung keine zusätzlichen Mitarbeiter hierfür zur Verfügung.

Frau Borris informiert zur Frage des Stadtrates Lischka, dass die Verwaltung demnächst Zahlenmaterial vorlegen wird, aus dem die Anzahl der beantragten und bearbeiteten Anträge hervorgeht. Hilfe und Beratung wird durch das Amt 50 und auch durch Bürgerbüros gegeben; mit dem Jobcenter sollen noch Absprachen erfolgen. Auch die Schulsekretariate könnten einbezogen werden.

Stadträtin Biedermann schlägt vor, diese Thematik auch in die GWA-Sitzungen mitzunehmen.

5. Beschlussvorlagen

5.1. Integriertes Stadtentwicklungskonzept 2025 der Landeshauptstadt Magdeburg mit dem zugrunde liegenden Leitbild der Stadtentwicklung Vorlage: DS0368/10

Vom zuständigen Fachamt 61 sind Frau Jäger und Herr Herrmann anwesend.

Herr Herrmann bringt die Beschlussvorlage ein. Diese beinhaltet zwei Bereiche, das Leitbild der Stadtentwicklung bis 2025 und das Integrierte Stadtentwicklungskonzept. Die DS soll das Handeln der Verwaltung bis zum Jahr 2025 aufzeigen sowie ein Entwurf sein, der in Bürgerversammlungen usw. vorgestellt und diskutiert wird. Eine 2. Auflage wird vorbereitet; was in der Stadt existiert, wird hier gebündelt dargestellt.

Herr Herrmann erläutert die Lesart des Konzeptes am Beispiel des Leitbildes zu Sportstätten.

Frau Jäger informiert, dass bei der Erarbeitung des eigentlichen Stadtentwicklungskonzeptes z. B. in Workshops mit dem Umweltamt oder dem Sozialamt in Komplexe, wie Wohnungsmarkt, Wirtschaft und Infrastruktur, gegliedert wurde. Am Beispiel des Kapitels 6. Infrastruktur ist zu erkennen, was die Stadt bietet und wie sich dies in 2025 darstellen wird.

Stadtrat Hans findet das Konzept gut und auch notwendig, er wird sich allerdings der Abstimmung zur DS enthalten, da er diese aufgrund der bisher kurzen Zeitschiene noch nicht komplett durchgearbeitet hat.

Stadtrat Lischka betont, dass die Vorlage aufschlussreich ist und für jeden Stadtrat hilfreich sein kann.

Stadträtin Zimmer und Stadtrat Canehl erkennen die gute und umfangreiche Arbeit bei der Erstellung der DS an. Stadtrat Canehl hofft auf interessante Diskussionen in den anderen beteiligten Ausschüssen und fragt nach der Organisation bei der Erarbeitung.

Herr Herrmann informiert über die Bildung von Arbeitsgruppen im Amt 61 und Zusammenarbeit mit dem Liegenschafts- und Umweltamt.

Der sachkundige Einwohner, Herr Dr. Köhler, fragt, ob auch die beabsichtigte Antragstellung als Kulturhauptstadt berücksichtigt wird. Herr Herrmann wird die Nachfrage aufgreifen.

Abstimmungsergebnis zur DS0368/10: **5 : 0 : 1**

6. Informationen

6.1. Projekt "jungbewegt" in der Landeshauptstadt Magdeburg Vorlage: I0193/11

Herr Dr. Gottschalk, Dez. V/02, bringt die Informationsvorlage ein. Das Projekt „jungbewegt“ ordnet sich ein in andere Projekte und ist Baustein z. B. im Pilotprojekt „Integrierte Sozialarbeit in der Sozialregion Nord“. In das Projekt sind die Partner Kultusministerium des Landes S/A und Bertelsmann-Stiftung einbezogen. Das Projekt läuft bis 2014. Magdeburg ist neben den Städten Mainz und Berlin Modellstandort.

Herr Dr. Gottschalk beschreibt das Projekt und erläutert den Projektansatz mit Hinweis auf die Mitglieder der Steuerungsgruppe (S. 3).

Die Stadträtinnen Biedermann und Zimmer bitten um die Ausreichung einer Übersicht mit Ansprechpartnern. Herr Dr. Gottschalk wird diese über die Fraktionen bzw. den Ausschuss BSS zur Verfügung stellen.

Der Ausschuss BSS nimmt die I0193/11 **zur Kenntnis**.

6.2. Arbeitsgruppen zur Entwicklung und Unterstützung der Gemeinwesenarbeit in Magdeburg und Initiativfonds Gemeinwesenarbeit 2010 Vorlage: I0220/11

Herr Dr. Gottschalk, Dez. V/02, stellt die Information zum Thema „Arbeitsgruppen zur Entwicklung und Unterstützung der Gemeinwesenarbeit in MD und Initiativfonds Gemeinwesenarbeit 2010“ vor.

Stadtrat Canehl fragt, ob die zur Verfügung gestellten Gelder immer ausgeschöpft worden sind. Herr Dr. Gottschalk verweist darauf, dass jeweils die Frage steht, wie groß die Projekte werden und wofür das Geld benötigt wird, dies ist projektabhängig. Im Wesentlichen haben die Mittel bisher ausgereicht.

Der Ausschuss BSS nimmt die I0220/11 **zur Kenntnis**.

7. Verschiedenes

- Stadtrat Canehl möchte eine Auskunft zur Parkplatzsituation an der Grundschule „Annastraße“. Ist der Verwaltung bekannt, wer 8 bis 10 Pforten aufgestellt hat, so dass nicht mehr alle der ca. 9 Parkplätze durch die Lehrer genutzt werden können?

Herr Sengstock, FDL 40, kennt die Situation und informiert über den Hintergrund. Der Bordstein zum Parkplatz ist nicht abgesenkt. Der Schulleiter der GS „Annastraße“ hat zur Parkplatzsituation einen Vor-Ort-Termin mit dem BG VI vereinbart.

- Herr Krüger, FBL 40, unterstreicht bezogen auf die Umsetzung des BuT nochmals, dass es zwischen dem Amt 50 und dem FB 40 in enger Zusammenarbeit Abstimmungen und gemeinsame Beratungen gibt, z. B. beim Projekt „jungbewegt“, RÜM – regionales Übergangsmanagement, Projekt „Maßnahmeplan zu Umsetzungen der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen ...“, Schul- und Hortentwicklungsplanung, Gemeinwesenarbeit u. a.
Inhaltlich ist der FB 40 nicht für die Leistungen zur Teilhabe zuständig, auch nicht die Schulsekretärinnen; nur Pädagogen können bei der Umsetzung mitwirken.

Der Ausschussvorsitzende schlägt vor, in ein paar Monaten die Umsetzung des BuT nochmals im Ausschuss BSS zu thematisieren.

- Herr Krüger bezieht sich auf eine Anfrage des Stadtrates Canehl in der letzten Sitzung hinsichtlich der Deckungsquelle für die finanzielle Unterstützung (90.000 EUR) der Trilingualen Grundschule. Als Deckungsquelle wurde auf Nachfrage im FB 02 „Erträge aus Gewinnanteilen verbundener Unternehmen“ genannt.
- In Abstimmung zwischen dem Ausschuss BSS und der Verwaltung wird die jährliche Schuljahresanfangsstatistik für allgemeinbildende Schulen und Berufsschulen im Nov. 2011 den Stadträten zur Verfügung gestellt.
- Stadtrat Canehl teilt mit, dass er künftig nicht mehr dem Ausschuss BSS angehört. Durch Ausscheiden des Stadtrates Westphahl aus dem Stadtrat wird er seine Arbeit auf andere Ausschüsse konzentrieren. Nachfolger im Ausschuss BSS wird Herr Olaf Meister werden.
Stadtrat Canehl bedankt sich für die gute Zusammenarbeit mit der Verwaltung.
- Die nächste Ausschusssitzung findet gemäß Sitzungsplan am 11. Oktober statt (16.30 Uhr im Hansesaal).

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

gez. Burkhard Lischka
Vorsitzender

gez. Sylvia Grützner
Schriftführerin